

Tischler-Zeitung

Zeitung für die Interessen des Tischlergewerbes
Mit dem 1. April 1884
ab dem 1. April 1884
der Tischler- und
Metallarbeiter-Verband
15.-16. und 17.
Gesellschaftszeitung
10.-11. und 12.
Bürozeichen
und Heftzeichen

Die 12. Ausgabe
ab dem 1. April 1884
für Tischler- und
Metallarbeiter-Verband
15.-16. und 17.
Gesellschaftszeitung
10.-11. und 12.
Bürozeichen
und Heftzeichen

Beitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes

Petitionsbogen des Deutschen Tischlerverbandes und sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen, des Verbands besitzter Arbeiter, sowie der Central-Kraut- und Sterbe-Kasse der Tischler etc. und der Central-Kraut- und Sterbe-(Fischfisch-)Kasse aller Arbeiter Deutschlands.

Gedruckt von W. Gramm; verantwortlich für die Redaktion: W. Müller; verantwortlich für die Expedition: W. Müller; sämtlich in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Eimsbüttel, Bilderdieckstrasse.

Zur dringlichen Beachtung!

Kollegen! Arbeiter! Wie bekannt, soll dem Reichstag bei seinem Anfang November erfolgenden Wiederzusammentritt die seit diesem Frühjahr in der deutschen Arbeiterschaft kursirende Petition um Schaffung eines wirksamen Arbeiterschutzes unterbreitet werden. Der Termin, bis zu welchem die Petitionsbogen an die Ausgabestellen wieder eingeliefert werden sollen, ist bereits verstrichen, so daß zur Sammlung weiterer Unterschriften eigentlich gar keine Zeit mehr ist. Da jedoch von allen Seiten Klagen laut werden, daß die Unterschriften in ganz ungenügender Zahl eingehen, wovon uns zu überzeugen wir an den an uns retournirten Bögen selbst Gelegenheit hatten, so sehen wir uns veranlaßt, an alle unsere Leser und Kollegen hiermit nochmals die dringliche Mahnung zu richten, überall dort, wo das Sammeln der Unterschriften nicht systematisch, d. h. von Haus zu Haus betrieben worden ist, die nächsten Tage zu benutzen, das Verfaultheite noch nachzuholen.

Es kann hier unerörtert bleiben, woran die Ursache dieser geringen Beteiligung seitens der Arbeiter liegt, und ob es nicht besser gewesen wäre, wenn mit der Akzeptirung unseres Vorschages der Petition überhaupt auch unser weiterer Vorschlag, die Unterschriften am 1. Mai durch die aufgeboten werden, damit die deutsche Arbeiterschaft mit der Petition kein Fiasko macht. Und ein Fiasko würde es sein, wenn statt der erwarteten Millionen Unterschriften nur einige Hunderttausende solcher zusammenläufen. In diesem Falle würde uns ein Hohngelächter der gesammten gegnerischen Presse sicher sein. Geben wir ihr dazu keine Veranlassung, indem wir noch die letzten Tage benutzen, mit allen Kräften für Zusammenbringung von Unterschriften thätig zu sein.

Wo die obenerwähnte systematische Sammlung noch nicht stattgefunden hat und eine Verständigung mit den Arbeitern anderer Berufe nicht mehr möglich ist, mögen die Tischler die Sache getrost in die Hand nehmen, es wird ihnen aus ihrem Vorgehen durchaus kein Vorwurf gemacht zu holen. Suche man jede Arbeiterwohnung auf und veranlaße man Jeden, auch die Frauen, zum Unterschreiben, haben doch auch diese dasselbe Interesse am Arbeiterschutz, wie die Männer.

Um einem eventuellen Mangel an Petitionsbogen zu begegnen, legen wir jeder Sendung dieser Nummer einige Exemplare bei. Auch den Post- und Kreuzband-Abonnenten lassen wir einen Bogen mit zugehen, damit diese meist in kleinen Orten wohnenden Leser in der Lage sind, zu ihrem Theile an dem allgemeinen Werke mitzuwirken. Die ausgefüllten Bogen ersuchen wir dann, so rasch als möglich wieder zurück zu schicken.

Die Redaktion.

Nochmals

die gewerkschaftlichen Organisationen.

Obgleich wir uns erst vor Kurzem über die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisationen und die Frage, wie sich diese zu vervollkommen sind, eingehend geäußert haben, halten wir doch für nöthig, hier nochmals das Wort zu diesem Gegenstande zu nehmen, indem wir es als eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftspresse ansehen, daß sie über Alles, was mit der Organisationsfrage zusammenhängt, die Meinungen zu klären sucht. Und wie nöthig das thut, dafür hat die jüngste Zeit Beweis massenhaft geliefert. Haben wir doch während der letzten Wochen in einer ganzen Reihe sozialdemokratischer Arbeiterblätter das dumme Zeug nachgedruckt gefunden, was gegnerische Blätter über die von den Vertretern der Metallarbeiter geplante Gewerkschaftskonferenz geschrieben haben. Und zwar befanden sich unter jenen Arbeiterblättern solche mit, daß wir uns staunend fragen mußten, wie ist es möglich, daß diese solchen Unsinn reproduzieren? Die Antwort hierauf ist allerdings nicht schwer zu finden: Die an den betreffenden Blättern thätigen Personen haben sich eben um die Gewerkschaftsbewegung noch nicht gekümmert. Es ist das eben ein Argument mehr dafür, wie nöthwendig es ist, daß der in den nächsten Tagen stattfindende sozialdemokratische Parteitag präzise Stellung zur Gewerkschaftsfrage nimmt, damit auch von den politischen Arbeiterblättern verlangt werden kann, daß sie sich über die Gewerkschaften informieren und auf dem Laufenden halten.

Doch auch aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter selbst heraus ist in der letzten Zeit soviel Konfusion zu Tage getreten, daß man darüber staunen muß. Wir geben gerne zu, daß wir zur Teilnahme an den geplanten Gewerkschaftskonferenz aufrufende Aufruf der Vertragsmänner der Metallarbeiter an Klarheit mangels zu wünschen übrig ließ, daß aber diese

Konferenz eine Art Kongress werden sollte, zu dem die Arbeiter der einzelnen Gewerke jedes beliebigen Ortes Delegirte entsenden sollten resp. entsenden können, das war aus dem Aufruf unmöglich herauszulesen. Und wenn man nun auch heute noch, nachdem bereits eine auslärende und berichtigende Ergänzung jenes Aufrufes veröffentlicht worden ist, in Berlin von Wahl von Delegirten zu der Konferenz redet, so weiß man absolut nicht, was man davon denken soll.

Die Konferenz soll und kann nichts Anderes sein, als ein privater Meinungs austausch, der an der Spitze der einzelnen Gewerke oder größerer Gruppen derselben stehenden Personen über die Frage, wie sich eine organische Verbindung sämtlicher gewerkschaftlich organisierter Arbeiter bewerkstelligen läßt. Wir versprechen uns zwar auch von dieser Konferenz keine großen Erfolge, so vollständig negativ, wie die eines etwa jetzt stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongresses sein würden, dürften sie aber doch nicht werden. Ein jetzt stattfindender allgemeiner Gewerkschaftskongress würde das getreue Spiegelbild eines polnischen Reichstages werden, indem die Teilnehmer mehrere Tage lang im Schweife ihres Angesichts schöne Neben halten würden, um dann respektlos auseinander zu gehen. Man bedenke doch, so lange die jegliche bunte Mannigfaltigkeit von Organisationen nebeneinander besteht, an eine gemeinsame, alle Gewerkschaften umfassende Organisation nicht zu denken ist. Zunächst muß die Organisation aller einzelnen Gewerke eine einheitliche werden, bevor dieselben sich zur Erreichung von Zwecken, zu denen die Kraft der einzelnen Gewerkschaften nicht ausreicht, zu einer großen kompakten jederzeit schlagfertigen Masse zusammenschließen können.

Und diese einheitliche Organisation der einzelnen Gewerkschaften kann kein allgemeiner Kongress beschließen, weil z. B. eine aus Tischlern, Schuhmachern, Zimmerern usw. bestehende Majorität nicht einer aus Schlossern, Maurern,

Köpfen usw. zusammengesetzten Minorität eine Organisationssform aufzutragen kann, welche diese Gewerke nicht haben wollen. Wie sich die einzelnen Gewerke unter sich organisieren wollen, müssen diese unter sich beschließen, Angehörige anderer Gewerke haben, außer einem eventuell freundschaftlich ertheilten Rath, nichts barein zu reden.

Und als eine solche Räthertheilung fassen wir die geplante Konferenz auf. Gelingt es dann nicht, die einzelnen Gewerkschaften dazu zu bewegen, daß sie sich bis zum Zusammentritt des für später in Aussicht genommenen allgemeinen Gewerkschaftskongresses im Sinne jenes Rathes organisieren, dann wird der Kongress zweitlos verlaufen und der allgemeine Gewerkschaftsbund oder -Verbund, wenn er überhaupt zu Stande kommt, zunächst nur Stückwerk werden. Der Kongress selbst, wir betonen das nochmals, kann nicht durch Mehrheitsbeschluß den einzelnen Gewerken eine neue Organisation geben, weil ihm jede Macht fehlt, seine Beschlüsse in dieser Beziehung zur Geltung zu bringen. Und da gar nicht zweifelhaft sein kann, wie die Räthschlüsse der Konferenz ausfallen werden, indem es heute nur noch wenige Leute gibt, welche der Meinung sind, daß sich eine alle Gewerke umfassende Verbindung anders schaffen ließe, als daß sich zunächst jede Gewerkschaft mit einem Programm, das sich streng innerhalb der Grenzen des § 152 der Gew.-Ordn. bewegt, zentralisiert, so kann man eben schon heute sagen, daß, wenn bis zum geplanten allgemeinen Kongress diejenigen Gewerkschaften, die heute noch losal organisiert sind, die Zentralisation nicht nur „im Prinzip für richtig“ anerkannt, sondern zur praktischen Anwendung gebracht haben, der Kongress seinen Zweck, eine allgemeine Unionen für verwandte Berufe in der Weise befriedigen, daß die verwandten Branchen und Berufe der Metallarbeiter (Schmiede, Schlosser, Klemperer, Felsenhauer usw.), der Bauarbeiter (Maurer, Steinmetzen, Köpfer,

wandten Berufe umfassende) Organisationen werden müssen, so kommt diese Frage zwar hierbei in Betracht, ist aber an sich nur von untergeordneter Bedeutung. Vor allen Dingen aber ist sie nicht daran, daß ein allgemeiner Kongress darüber beschließen könnte. Es muß das viele mehr ebenfalls Sache der dabei in Betracht kommenden Branchen und Berufe sein. Wie die Holzarbeiter nicht den Metallarbeitern vorschreiben können, daß sie sich gemeinschaftlich oder nach einzelnen Branchen (Schlosser, Schmiede Klemperer usw.) organisieren sollen, so die umgekehrt nicht den Holzarbeitern, ob sie zusammen oder die Tischler, Zimmerer, Drechsler usw. getrennt marschieren sollen. Das müssen die Beteiligten am besten wissen, wie sie ihre Hauptaufgabe als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die Aufzürzung der indifferenter Kollegen, am erfolgreichsten bewerkstelligen können.

Diese Frage, ob Branchen-Organisationen oder solche für verwandte Berufe, kann hierbei nur so weniger eine Rolle spielen, da künftig, wenn eine alle Gewerke umfassende Organisation geschaffen wird, eine gemeinschaftliche Aktion verwandter Berufe doch bedeutend leichter sein wird als heute.

Diese Frage gestaltet sich schließlich in der Hauptfrage nur zu einer Kostenfrage. Denn je höher eine Organisation ist, um so verhältnismäßig billiger ihre Verwaltung.

Auch für die künftige Zentralleitung des allgemeinen Gewerkschaftsbundes oder -Verbundes hat diese Frage einige Bedeutung. Denn aus jemehr Köpfen eine Behörde besteht, je schwerfälliger ist sie. Aus diesem Grunde könnten wir uns schon mit der Segtsch'schen Idee der allgemeinen Unionen für verwandte Berufe in der Weise befriedigen, daß die verwandten Branchen und Berufe der Metallarbeiter (Schmiede, Schlosser, Klemperer, Felsenhauer usw.), der Bauarbeiter (Maurer, Steinmetzen, Köpfer, vielleicht auch Zimmerer usw.), der Holzarbeiter

(Verein, Gewerkschaft, Verband, Konsortium, Mutter usw.), der unter den sozialistischen Arbeitern, der Arbeiter, der sozialistischen Arbeitsmacht ein, um so mehr als ein besonderes Kartell bilden und diese Gruppe, welche die Arbeit habe, aber keinen Raum dazu zu einer Central Union sich vereinigen. Auf diese Weise wurde die Zentralleitung früh zu schwerfälliger Gewalt werden, auch nicht mit Geschäftsmann überreden werden, da ihr die Bedürfnisse der Unterwerdende einen großen Teil Arbeit abnehmen würden.

Über die Frage zu entscheiden, ob solche Unterwerdende (Mutteren) zu bilden sind oder nicht, wird durch Sache des Kongresses sein können, nur noch unseres Ausschusses bis dahin das Gewerbe verhandeln kann, auf dem nur die Gewerkschaftliche Organisation aufgebaut werden kann: Eine zentralistische Organisation jedes einzelnen Gewerbes.

Dass auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Organisation reformiert werden muß, darüber sind sich alle einig, welche die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation überhaupt begriffen haben, nur über das Wie scheint noch viel Unklarheit zu herrschen. Möchten unsere Ausschüsse mit Klärung der Meinungen beitragen.

Bei unseren organisierten Kollegen, den Tischlern, wird es in dieser Beziehung allerdings nicht viel mehr aufzuholen geben. Diese stehen seit Jahren auf dem Boden der Zentralisation, und wahrscheinlich nicht zu ihrem Schaden. Obgleich die sozialistischen Kollegen dem Verband sich nur als Einzelmitglieder anschließen können, ferner die Sozialisten mehrerer größerer Städte (München, Braunschweig, Halle, Düsseldorf, Fürth), durch die plumpen Faust der Polizei vernichtet worden sind, und auch die Berliner Kollegen, deren Anschluß heute nichts mehr im Wege steht, noch immer der Meinung sind, eine Organisation, die sie gesammte deutsche Tischlerei, soweit sie an der Arbeiterbewegung teilnimmt, für die beste unter den obwalenden Umständen hält, tauge nur für sie nicht, freilich ohne dafür irgend welche stichhaltigen Gründe vorbringen zu können — trotzdem hat sich seit dem vor 1½ Jahren stattgefundenen letzten Verbandsstag der Verband hinsichtlich seiner örtlichen Mitgliedschaften mehr als verdoppelt (von 80 auf über 170) und in Bezug auf die Mitgliederzahl verdreifacht (von circa 6000 auf circa 18 000).

Wir können damit zufrieden sein. Größer als sie selber waren, werben die Hindernisse wohl auch häufig dem Verband nicht bereitet werden, und darum ist der Zeitpunkt abzusehen, wo die große Mehrheit der deutschen Tischler in einer festgelegten Organisation vereinigt sein wird. Und was vor Allem die Haupthandlung ist, wir haben uns bei unserer Organisation die Einigkeit zu erhalten gewünscht. Wenn auch hier und da mal kleine Meinungsverschiedenheiten stattgefunden, der hässliche Streit, wie er seit Jahren die Thakraft anderer, nämlich auf dem Boden der Lokal-Organisation stehender Gewerke geführt, ist uns unbekannt geblieben. Möchten die Kollegen nicht unterlassen, dort, wo sie mit Arbeitern anderer Berufe sich im Meinungs austausch über Organisationsfragen befinden, auch auf diesen Umstand mit aufmerksam zu machen.

Das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschland.

Obgleich die „Neue Tischler-Zeitung“ weder eine rein politische Zeitung ist, noch läßt sie sich verwerben soll, so halten wir es doch im Hinblick darauf, daß sie zu ihrem Theil und aus dem von ihr gewählten Gebiet ebenfalls mit bemüht ist, Staat und Gesellschaft im Sinne des sozialistischen Programms umzugestalten, für geboten, auch mit dazu beizutragen, daß dieses Programm in seinem ganzen Werthe möglichst weit bekannt wird. Dies umso mehr, als einmal unter dem Ausnahmefall der Text des Programms verboten war, andererseits aber nicht desto weniger die Gegner der Sozialdemokratie nicht müde wurden, zu behaupten, leichte liche ihr Programm dem Volle zu verheimlichen. Nichts aberdest als das; je besser das Volk weiß, was die Sozialdemokratie will, je besser für diese. Wir lassen daher das Programm hier folgen:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein zugewandte Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamme Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspolitik, nach gleichem Recht, jedem nach seinen erwirtschaftlichen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsermittel Monopol der Kapitalistischen Klasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterschaft ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Befriedung der Arbeitsermittel in Gemeinschaft der Gesellschaft und die gesellschaftliche Regelung der Gesamtarmut mit gemeinsamer Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsvertrages.

Die Befreiung der Arbeit muss das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine revolutionäre Waffe sind.

II. Von diesen Forderungen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln ihren freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Verbreitung des ehrlichen Lohnes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Befreiung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Blüten, welche derzeit den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbündung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubauen, die Errichtung von sozialistischen Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe unter dem demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktionsgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's

Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesellschaft entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlage des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahr an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonn- oder Feiertag sein.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Vollmacht an Stelle der steuernden Herrschaft.

4. Abschaffung aller Ausländergesetze, namentlich der Pres-, Vereins- und Versammlungsgesetze; überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und forschen beschränken.

5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6. Allgemeine und gleiche Volksbildung durch den Staat. Allgemeine Schulpolitik. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Volkschaftliche Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere die dem Volk belastenden indirekten Steuern.

3. Unbefristetes Koalitionsrecht.

4. Einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sicherheit schädigenden Frauenarbeit.

6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeitserwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Haushalt durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirtsame Haftpflichtgesetz.

7. Regelung der Gesetznormarkeit.

8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterschaften und Unternehmensklassen.

Über Streiks und Fächerorganisationen

schriftet die Frankfurter Zeitung: „Ich weiß wohl, daß ich mir mit diesen Darlegungen keine Freunde erwerbe. Aber wenn ich, deinen Pflicht vor Allem es ist, der Wahrheit die Ehre zu geben, dazu nicht den Mut habe, wer sollte sie sagen?“ Diese Worte sind in einer Abhandlung über Streiks und Fächerorganisationen, die soeben in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik (Leipzig, Dunder und Humblot) als Vorbereitungsschrift für die demokratische Herbstversammlung dieses Vereins erschienen, von Professor Brentano in Leipzig geschrieben. Sie könnten zu dem Artikel verleiten, daß außer und vor Herrn Professor Brentano noch Niemand den Mut habe hätte, dieselben freimütigen Ansichten über die Ursachen der Arbeitseinstellungen in Deutschland und über den sozialen Krieg, der jetzt innerhalb unserer Gewerke tobt, zu äußern. Diese Annahme wäre aber falsch. Seit Jahren predigt die unabhängige Sozialpolitik, speziell in der „Frankfurter Zeitung“, genau dieselben Lehren, zu denen sich Brentano jetzt erst mit solch lobenswerter Entschiedenheit und Schärfe bekenn. Umginge es Brentano nicht ähnlich, neben seinen Citaten aus der gouvemeentalen Presse auch die Ausführungen oppositioneller Organe mitzuhören, so hätte er selbst eine reiche Blumenlese für diese Priorität anführen können. Im Übrigen kann Herr Brentano auf dem von ihm betretenen Gebiet von Niemand willkommener geheißen werden, als gerade von uns; der Befall hat es gefügt, daß in der Frage der Streiks seine Argumente — z. B. V. V. — sich auf die deutsche Buchdruckerorganisation — Langem auch die unrichtigen gewesen sind.

Um das Wesentliche aus Brentanos Darlegungen kurz herzugeben: auch er ist zu der Überzeugung gelangt, daß die gouvemeentale Sozialreform, wie wir zu nennen pflegen, oder der bureauratistische Sozialismus, wie er nicht gerade sehr glücklich sagt, den Schwierigkeiten der gewerblichen Lage nicht gewachsen ist. Wie oft und eindringlich haben wir die Thatsache an praktischen Beispielen festgestellt, indem wir zwischen gouvemeentaler Sozialreform und volksbürokratischer Sozialpolitik unterschieden. Die offizielle Sozialreform übersieht erstens, um diesmal mit Brentano zu reden, eines der wichtigsten Momente in der Arbeiterfrage: daß heile Sehnen der heutigen Arbeiter nach Selbstbestimmung. Wie dasselbe nicht von heute auf morgen entstanden ist, sondern in vielfältiger Entwicklung gewachsen, als das heutige Ergebnis einer Strömung dasteht, die in der Zeit der Sklaverei ihren Ursprung nimmt, um sich durch Bürgertum und alle Arten von Bevormundung hindurch in dem Verlangen nach Gleichberechtigung zu enden, so ist es auch ein Faktor, mit welchem Gegenwart und Zukunft dauernd zu rechnen haben. Die Folge ist auch für Brentano: das Programm der offiziellen Sozialreform wird von denselben Gefahren bedroht, wie diejenigen, welche die Bismarck'sche Sozialpolitik ihrer Wirkungen für den sozialen Frieden bereaubt; die gemäß diesem Programm ausgeführten Maßnahmen zur Hebung der Arbeiterklasse dürften ebenso wenig deren Anerkennung finden, wie es bei den Arbeitervereinigungen geschehen darf war. Über noch etwas. Die gouvemeentale Sozialreform der „neuen Ära“ überträgt den Schwierpunkt der Regelung des Arbeitsverhältnisses aus den Händen der wirtschaftlichen Interessenten selbst in diejenigen von Beamten, welche außerhalb des Interessentreffes der Betriebsräte stehen. Die Gefahr dabei ist folgende. Man sieht jetzt dadurch, daß man die Eigenschaft des Arbeitsvertrags als Kaufvertrages ganz überlebt, während man früher dadurch fündigte, daß man in dem Arbeitsvertrag nichts als einen Kaufvertrag sah. Der Beamte wird weder Arbeiter noch Unternehmer befriedigen. Wie oft haben wir diesen Wandel, die Durchsetzung z. B. der Arbeiterschule durch polizeiliche Beschlüsse, in der letzten Zeit tadeln müssen! Und sucht der „bureauratistische Sozialismus“ die Klippe durch die Gewinnberechtigung zu umgehn, so überseht er, wie Brentano wiederum ganz richtig hervorhebt, daß alle Klasse deutl. davon, woher diese Arbeiter ihr tägliches Brot nehmen werden. Wird ein Töchter am Weg ausfinden, so berichtet diese Freie in gleichgültigstem Tone: es gehört dem Arbeiterschaften an, in seinem Portemonnaie was kein Geld.

Gewiß wird schon diese allgemeine Wendung des bekannten Gelehrten gegen die „bureauratistische“ Sozialreform aufsehen machen, und sie verdient es in der That, da wir heutzutage vom Professorenratbetrieb ausgetretene Meinungen hören, die sich mit den maßgebenden Stellen in Widerspruch zu setzen wagen. Brentano beginnt sich aber nicht mit dieser prinzipiellen Auseinandersetzung. Nachdem er den Leser in die trefflichen Arbeiten seines Schülers Dr. Löw, Auerbach und Zahn über englische Montanarbeiter und die deutsche Buchdruckerorganisation, umfangreiche Schilderingen, dessen seine Abhandlung nur als Einleitung dient, eingeführt und die Summe aus denselben gezogen hat, behandelt er mit bestehender Kritik einige kritische Prothesen der Kampfmittel, welche die mächtigen Gegner der deutschen Arbeiterorganisationen gegen letztere gebraucht haben. Hier zeigt Brentano ein bisher ungeahntes, journalisti-

ches Geschick in der Belebung des Unfalls, welchen die großen Industrieverbände, Herr v. Stumm und ihre Geschwisterlinien bei dem „A. V. Nachrichten“ und der „Post“, in der letzten Zeit zu Tage gesetzt haben. Nur eine Probe der Art und Weise, wie er jene schriftliche Verleumdung und Missbildung des Urhebers des deutschen Buchdrucks — so heißt es S. LXVIII. — brandmarkt. Herr Schleswig tritt als journalisticus Schriftsteller der rheinisch-württembergischen Großindustriellen auf. In seinem Organe wurde zur Zeit des heftigsten Kampfes der Arbeiter fröhlich behauptet, sein englischer Gewerbeverein vereinsletzt. Die Gewerbevereinigung sei schlimmer, als die schlimmsten „patricialischen Zustände“ in deutschen Fabriken. Professor Brentano nahm sich die Worte, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und forschen beschränken.

7. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk. Entschließung der Wehrhaftigkeit. Vollmacht an Stelle der steuernden Herrschaft.

8. Allgemeine und gleiche Volksbildung durch den Staat. Allgemeine Schulpolitik. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

9. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeitserwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Haushalt durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirtsame Haftpflichtgesetz.

10. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterschaften und Unternehmensklassen.

11. Unbefristetes Koalitionsrecht.

12. Einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

13. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sicherheit schädigenden Frauenarbeit.

14. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeitserwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Haushalt durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirtsame Haftpflichtgesetz.

15. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterschaften und Unternehmensklassen.

16. Unbefristetes Koalitionsrecht.

17. Einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

18. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sicherheit schädigenden Frauenarbeit.

19. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeitserwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Haushalt durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirtsame Haftpflichtgesetz.

20. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterschaften und Unternehmensklassen.

21. Unbefristetes Koalitionsrecht.

22. Einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

23. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sicherheit schädigenden Frauenarbeit.

24. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeitserwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Haushalt durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirtsame Haftpflichtgesetz.

25. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterschaften und Unternehmensklassen.

26. Unbefristetes Koalitionsrecht.

27. Einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

28. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sicherheit schädigenden Frauenarbeit.

29. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeitserwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Haushalt durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirtsame Haftpflichtgesetz.

30. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterschaften und Unternehmensklassen.

31. Unbefristetes Koalitionsrecht.

32. Einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

33. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sicherheit schädigenden Frauenarbeit.

34. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeitserwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Haushalt durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirtsame Haftpflichtgesetz.

35. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterschaften und Unternehmensklassen.

36. Unbefristetes Koalitionsrecht.

37. Einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

38. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sicherheit schädigenden Frauenarbeit.

39. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeitserwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Haushalt durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirtsame Haftpflichtgesetz.

40. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterschaften und Unternehmensklassen.

41. Unbefristetes Koalitionsrecht.

42. Einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

43. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sicherheit schädigenden Frauenarbeit.

44. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeitserwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Haushalt durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirtsame Haftpflichtgesetz.

45. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterschaften und Unternehmensklassen.

46. Unbefristetes Koalitionsrecht.

47. Einem den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitsstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

48. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sicherheit schädigenden Frauenarbeit.

49. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitäre Kontrolle der Arbeitserwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Haushalt durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirtsame Haftpflichtgesetz.

50. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterschaften und Unternehmensklassen.

51. Unbefristetes Koalitionsrecht.

